

Januar 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

Zyklon Harry

Im Januar wütete im zentralen Mittelmeer der Zyklon Harry. Nach Angaben von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen könnten bis zu [1000](#) Menschen während des Wirbelsturms in Seenot geraten sein und nie das andere Ufer des Mittelmeers erreicht haben. Die italienischen Behörden sprechen aktuell noch von 380 vermissten Personen. In den schlimmsten Tagen des Unwetters, in der Woche vom [14. Bis 21. Januar](#) wurden Windgeschwindigkeiten von über 100 km/h und Wellen von über 7 Metern Höhe gemessen. Der Zyklon sorgte im Süden Italiens, insbesondere auf Sizilien, Sardinien und Kalabrien, für schwere Zerstörungen entlang der Küste. Es kam zu den stärksten Regenfällen seit 75 Jahren. Auch in [Tunesien](#) kam es zu starken Überschwemmungen und Zerstörungen der Infrastruktur. [In derselben Woche](#) wurde vom Nationalen Koordinierungszentrum für Seenotrettung in Rom gemeldet, dass mindestens acht Boote vom tunesischen Hafen in Sfax ausgelaufen waren. Von den Menschen an Bord fehlte tagelang jede Spur und nur ein einziges Boot erreichte Lampedusa am 22. Januar. Es herrschte insgesamt ein Mangel an Informationen und Rettungsmaßnahmen. Der Zyklon sorgte dafür, dass die Überquerung der zentralen Mittelmeerroute noch viel gefährlicher war als sie es ohnehin schon in den Wintermonaten ist. Daher werden auch im folgenden geringere Ankunftszyzlen für Italien verzeichnet, was insbesondere mit den Folgen des Zyklons zusammenhängt.

Das Mittelmeer bleibt ein Massengrab für Menschen auf der Flucht, in dem die meisten Toten nicht einmal einen Namen haben.

ANKÜNFTE

Im Januar 2026 erreichten laut Zählungen von *borderline-europe* **1196** Schutzsuchende Italien auf dem Seeweg. Das ist ein Rückgang von **40,6%** im Vergleich zum Vormonat und ein Rückgang um **61,9%** im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Der Großteil der Menschen (**994** Personen bzw. **83,1%**¹) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. **110** Menschen (**9,2%**) auf Sardinien an.

Für **632** Personen (**52,8%**) wurde unseren Zählungen zufolge eine Rettung von italienischen Behörden nachgewiesen. Insgesamt wurden **200** Menschen (**17%**) von der zivilen Flotte gerettet.

Gemäß den Daten von *borderline-europe* war Frontex im Januar an der Rettung von **36** Personen (**3%**) beteiligt. **328** Personen (**27,4%**) erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden.

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentzahlen auf die Gesamtzahl der in diesem Monat über den Seeweg in Italien angekommenen Menschen.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Januar **1457** Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat niedrigere Ankunftsahlen belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen bzw. Quellen der vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen gibt.

Überblick über die von <i>borderline europe</i> gesammelten Daten	
Ankünfte von Geflüchteten in Italien per Seeweg	1196
Ankünfte von Geflüchteten auf Sizilien	994
Rettung durch italienische Behörden	632
Rettung durch Frontex	36
Rettung durch NGOs	200
Selbstständige Ankünfte von Geflüchteten	328
Ankünfte ohne Informationen zur Ankunft/Rettung	0

Die Daten sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer deutlich höher sein könnte.

WEGE NACH EUROPA

Als primäre Abfahrtsorte für die Überfahrt nach Italien dienen die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien. Im Dezember legten mindestens **641 (53,6 %)** der in Italien angekommenen Personen in Libyen und **214** Personen (**17,9 %**) in Tunesien ab. Von **341** Menschen (**28,5%**) ist der Abfahrtsort nicht bekannt.

Im Gegensatz zum letzten Monat ist somit wieder eine Verdreifachung der Abfahrten aus Tunesien zu verzeichnen (12/2025: 111). Die Menschenrechtslage in den nordafrikanischen Transitstaaten bleibt für Menschen auf der Flucht und Migrant*innen, besonders aus Subsahara Gebieten, gravierend.

Tunesien

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Tunesien folgt seit Jahren einem bekannten Muster: finanzielle Unterstützung und wirtschaftliche Kooperation werden mit der Erwartung verknüpft, Migration in Richtung Europa einzudämmen. Bereits am 15. Juli 2023 unterzeichnete die EU ein Abkommen für die so genannte "strategischen Partnerschaft" mit Tunesiens Präsident Kais Saied. Seitdem wurden von der EU 164 Millionen Euro bezahlt, dazu 150 Millionen Budgethilfe, wobei eine Zahlung von 900 Millionen Euro noch aussteht. Nun fand am 21. Januar in El Aouina eine Zeremonie für die europäische Unterstützung der tunesischen Nationalgarde statt.

Wie bereits in der CMI von [Dezember 2026](#) berichtet, wird Solidarität mit Geflüchteten in Tunesien zunehmend kriminalisiert. [Anfang Januar](#) verurteilte ein Gericht in Tunis fünf Aktivistinnen der NGO *Terre d'Asile Tunisie* zu zweijährigen Haftstrafen auf Bewährung, weil sie Migrant*innen humanitär unterstützt und deren „illegale Einreise und Aufenthalt“ erleichtert haben sollen. Zu den Verurteilten gehörte auch [Sherifa Riahi](#), die ehemalige Leiterin der Organisation, die gemeinsam mit mehreren Kolleg*innen bereits über zwanzig Monate in Untersuchungshaft verbracht hatte. Erst Stunden nach der nächtlichen Urteilsverkündung wurden sie aus dem Gefängnis entlassen. Das Verfahren ist Teil eines größeren Komplexes: Weitere [zwanzig Aktivist*innen und kommunale Angestellte](#) der Stadt Sousse stehen weiterhin vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, der Organisation Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu haben.

Trotz dieser Repressionen gibt es anhaltende [Proteste](#) der Zivilgesellschaft. Menschenrechtsorganisationen wie [Human Rights Watch](#) prangern seit Monaten die systematische Gewalt gegen Migrant*innen an und werfen den tunesischen Sicherheitskräften „kollektive Ausweisungen“ in abgelegene Wüstengebiete nahe der libyschen Grenze vor. Nach ihren Angaben wurden seit Anfang Juli 2025 mehrere hundert Menschen auf der Flucht, darunter Kinder und schwangere Frauen, aus Städten wie Sfax vertrieben und ohne Zugang zu Wasser, Nahrung oder medizinischer Versorgung in einer militarisierten Pufferzone ausgesetzt. Zeug*innen berichten von [Misshandlungen](#) während der Festnahmen, von Todesfällen an der Grenze sowie von Übergriffen bewaffneter Milizen. Vor diesem Hintergrund fordern Menschenrechtsgruppen ein sofortiges Ende der Abschiebungen, unabhängige Untersuchungen der Vorwürfe gegen Sicherheitskräfte und den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe. Die Proteste richten sich damit nicht nur gegen einzelne Maßnahmen, sondern gegen eine explizit [rassistische Migrationspolitik](#).

Libyen

Strukturelle Menschenrechtsverletzungen werden auch schon lange in Libyen kritisiert. In der ostlibyschen Küstenstadt Ajdabiya wurden am 19. Januar 2026 mindestens 21 Leichen von Migrant*innen in einem [Massengrab](#) gefunden. Überlebende wiesen Folterspuren auf. Gleichzeitig wurden in der südöstlich gelegenen Stadt Kufra, nahe der Grenze zu Sudan und Tschad, mindestens [217 Migrant*innen](#) aus unterirdischen Gefängnissen befreit. Viele der Befreiten kamen aus Somalia und Eritrea und wurden bis zu zwei Jahre festgehalten.

Außerdem erreicht die europäische Komplizenschaft in Libyen nun eine neue Qualität. Bislang konzentrierte sich die Zusammenarbeit der EU auf die international anerkannte Regierung in Westlibyen. Nun wird das Pullback-System auch auf die Haftar Regierung in [Ostlibyen](#) ausgeweitet. Nach dem Vorbild der seit 2017 aufgebauten Seenotrettungsleitstelle in Tripolis soll mit EU- und italienischer Unterstützung ein weiteres MRCC in Benghazi entstehen, ergänzt durch Radar- und Überwachungstechnik in Tobruk. Wie bereits in Tripolis, übernimmt [Italien](#) den Aufbau der maritimen Leitstelle in Benghazi und den Großteil der Kosten für Infrastruktur, Überwachungstechnik und Ausbildung. Deutschland ist über die Beteiligung der [Bundeswehr](#) an der EU-Mission Irini eingebunden, insbesondere durch Beobachtung aus Flugzeugen und Personal im Hauptquartier in Rom, distanziert sich bislang jedoch offiziell von der direkten Ausbildung libyscher Sicherheitskräfte vor Ort.

Ein wichtiges Update betrifft zudem den anstehenden Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof und dem im [August 2025](#) festgenommenen Khaled Mohamed Ali El Hishri. Nach Angaben von [Front-LEX](#) soll im Mai 2026 die erste Anhörung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Migrant*innen auf der zentralen Mittelmeerroute stattfinden. Die Organisation Front-LEX wird die Betroffenen vertreten. Außerdem warten [122 weitere mutmaßliche Mitverantwortliche](#), darunter auch Vertreter der EU und der Mitgliedstaaten, auf eine Prüfung durch die Anklagebehörde.

Push- & Pullbacks

Diesen Monat haben wir Interceptions (Abfangen und Zurückweisungen auf dem Fluchtweg) von **1292** Personen auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten oft gewaltsam an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt wurden. Von den dokumentierten Interceptions wurden alle abgefangenen Personen nach Libyen zurückgeschleppt. Die Zahlen der Interceptions sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte. Interceptions nach Tunesien und Algerien finden ebenso statt, werden allerdings noch seltener dokumentiert. [IOM Libya](#) hat lediglich die Interceptions von **537** Personen registriert.

Zwar sind die Zahlen der auf dem Mittelmeer abgefangenen Personen im Vergleich zum Vormonat (12/2025: 2318) wieder etwas gesunken, allerdings bleiben sie im Verhältnis zu den Abfahrten und Ankünften sehr hoch.

Tote & Vermisste

Durch den Zyklon Harry steigt die Anzahl der Toten, Vermissten und Personen, deren Schicksal unklar ist ("fate unknown") im zentralen Mittelmeer im Januar im Vergleich zum Vormonat enorm. Die Meldungen über Vermisste liegen zwischen 380 und über 1.000, sie sind aller Wahrscheinlichkeit nach tot.

Laut Daten von *borderline-europe* ist der Tod von **113** Personen auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer bestätigt. Von den italienischen Behörden wurden am 24.Januar **380** Menschen nach dem Zyklon als vermisst gemeldet. Dabei handelt es sich um acht Boote, die zwischen dem 14. und 21. Januar aus Tunesien gestartet sind und zu welchen kein Kontakt mehr aufgebaut werden konnte; es gibt keine Informationen über die Ankunft dieser Boote in Italien, daher ist davon auszugehen, dass die Menschen verstorben sind. [Recherchen](#) von *Refugees in Libya* zu Folgen bleiben allerdings weitaus mehr Menschen vermisst. Durch Gespräche mit Angehörigen und Personen, die abfahren wollten, konnte rekonstruiert werden, dass 29 Boote aus Tunesien abgefahren sind. Lediglich eines der Boote kam in Italien an und ein weiteres konnte nach Tunesien zurückkehren. 27 Boote bleiben vermisst und die genaue Anzahl der Menschen, die sich auf diesen Booten befanden, bleibt unklar. Es wird allerdings geschätzt, dass es über **1000** Menschen sind.

Am 23.Januar wurde Ramadan Conte von einem Handelsschiff gerettet. Er hatte 24 Stunden im Meer überlebt und bleibt der einzige Überlebende von einem Schiffsbruch am Tag zuvor, welcher vermutlich 50 Menschen das Leben kostete. Weitere 59 Tote wurden am gleichen Tag nach einem weiteren Schiffsbruch vor der libyschen Küste gefunden. Es scheint niemand überlebt zu haben.

Dies sind nur zwei bestätigte Schiffsbrüche - es werden aber noch viele mehr gewesen sein. Das politische und mediale Schweigen dazu ist inakzeptabel und erschreckend. Dies zeigt einmal mehr, wie wenig Bedeutung den Leben von Menschen auf der Flucht in Europa zugeschrieben wird.

Update zum Cutro Prozess - italienische Offizieren müssen sich für den Tod von 94 Menschen vor Gericht verantworten

Am [30. Januar](#) startete der Prozess gegen sechs Offiziere und Unteroffiziere der italienischen Küstenwache und Guardia di Finanza. Ihnen wird die Verursachung eines Schiffsbruchs durch Fahrlässigkeit und mehrfacher fahrlässiger Totschlag zu Lasten gelegt.

Am 23.02.23 starben mindestens 94 bei einem Schiffsbruch vor der Küste von Steccato di Cutro. 35 von ihnen waren minderjährig und mindestens 11 weitere Personen gelten als vermisst. 86 Menschen überlebten. Es gilt als eines der verheerendsten Schiffsbrüche Italiens.

Trotz einer Sichtung des Bootes sechs Stunden vor dem Schiffsbruch durch ein Frontex Flugzeug und des sich massiv verschlechternden Wetters leiteten weder die italienischen Behörden noch Frontex eine Such- und Rettungsmission ein. Die italienischen Behörden erreichten den Ort des Schiffsbruchs 1,5 Stunden zu spät. Die Anklage legte eine Kette von grob fahrlässigen Entscheidungen und Kommunikation zwischen den Behörden offen, welche die Menschen letztlich sich selbst überließen. Ihre Leben hätten gerettet werden können.

In dem Prozess treten 65 Überlebende und 6 Seenotrettungs NGOs - Emergency, Louise Michel, Mediterranea Saving Humans, Sea-Watch, SOS Humanity und SOS Mediterranee Italia - als Nebenkläger*innen auf. Für weitere Infos über den Fall findest du unseren Bericht „[Die Schiffs Katastrophe von Cutro: ein Jahr danach](#)“ (2024) auf unserer Website. Der Prozess wird am [10. Februar fortgeführt](#).

Ziviler Widerstand

Diesen Monat waren **3** Schiffe der zivilen Flotte auf dem zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten insgesamt **200** Personen aus Seenot (**17%** der Angekommenen).

Dabei führte die [Ocean Viking](#) (SOS Mediterranee) eine Mehrfachrettung durch, bei der sie insgesamt **90** Menschen sicher in den Hafen von Palermo brachte.

Auch im Januar wurde die zivile Seenotrettung wieder an ihrer Arbeit gehindert und kriminalisiert. So wurde beispielsweise der Solidaire (Solidaire) von den italienischen Behörden nach ihrer Rettung von 33 Menschen der weit [entfernte Hafen](#) von La Spezia zugewiesen, was dazu führte, dass die Crew wichtige Zeit verlor, in der sie weitere Rettungen hätte durchführen können. Außerdem wurde diesen Monat die Sea-Watch 5 (Sea-Watch) festgesetzt, nachdem im Dezember bereits die [Humanity 1](#) (SOS Humanity) festgesetzt worden war.

Am [24.01.2026](#) wurden 18 Menschen von der Crew der Sea-Watch 5 in internationalen Gewässern aus Seenot gerettet. Als sie in Catania ankam, wurde sie von italienischen Behörden für [15 Tage](#) festgesetzt. Zudem wurde eine Strafe von [7500€](#) verhängt. Die Begründung war, dass sich die Sea-Watch 5 geweigert hatte, die sogenannte libysche Küstenwache über ihre Rettungsoperation zu informieren. Der Vorwurf der italienischen Behörden hängt dabei mit dem [Plantedosi-Gesetz](#) zusammen. In diesem heißt es, dass die zivile Seenotrettung mit den libyschen Behörden kommunizieren muss, sobald sie in der libyschen SAR-Zone rettet.

Die sogenannte libysche Küstenwache hatte jedoch vor besagter Rettung die Sea-Watch 5 versucht [einzuschüchtern](#), sie [umkreist, verfolgt und dazu aufgefordert](#), das Gebiet zu verlassen. Dies ist in [internationalen Gewässern](#) nach dem [internationalem Recht zur Freiheit der Schifffahrt](#) nicht zulässig. Dieses Beispiel zeigt erneut, wie die lebensrettende Arbeit von Seenotrettungs-NGOs bewusst eingeschränkt und behindert wird.

Dieser Fall passt auch zu den Recherchen von [„nd“ und Sea-Watch](#). Diese zeigen, dass Frontex wichtige Informationen über Menschen in Seenot gezielt nur an die sogenannte libysche Küstenwache weiterleitet, damit diese Boote vor zivilen Rettungsorganisationen abfängt und nach Libyen zurückbringt. Wird ein Boot auf dem Weg nach Europa entdeckt, informiert Frontex die zuständigen Rettungsleitstellen, darunter seit 2018 auch Libyen.

Wenn Flugbesatzungen ein Schiff als nicht seetüchtig einschätzen, kann Frontex über den internationalen Notfunkkanal einen sogenannten „Mayday Relay“ absetzen. Zivile Seenotrettungs-Organisationen, die mit Schiffen und Flugzeugen in dem Gebiet operieren, sind auf diese Notrufe angewiesen, da NGOs von den offiziellen staatlichen Koordinationskanälen ausgeschlossen sind. Mehrere Fälle zeigen jedoch, dass Frontex' Mayday-Meldungen häufig entscheidende Angaben zur Ortung der Boote auslassen, etwa Kurs und Geschwindigkeit.

Frontex begründet dies mit der Vermeidung von „Verwirrung“ und betont, ein Mayday sei nur für unmittelbare Gefahr vorgesehen - eine erschreckende Aussage angesichts der vielen Todesfälle und Vermissten im EU-Grenzregime.

Doch neben dem Rückschlag im Fall der Sea-Watch 5, kann auch von einem Erfolg auf Seiten der zivilen Seenotrettung berichtet werden. So gab es einen kleinen Erfolg im zweiten Gerichtsprozess im Fall Mare Jonio ([Mediterranea](#)) am [13.01.2026](#). Hintergrund dieses Gerichtsprozesses ist ein [Fall von 2020](#), bei dem die Crew der Mare Jonio 27 Menschen, die von einem dänischen Frachtschiff gerettet worden waren, aufnahm und an Land brachte. Als die Reederei des dänischen Frachtschiffs der Reederei der Mare Jonio kurz darauf Geld überwies, kam der Vorwurf, dass durch die Unterstützung „illegaler Migration“ ein finanzieller Vorteil erlangt worden sei. Nun steht unter anderem der Kapitän der Mare Jonio vor Gericht. Die Verhandlung vom [13.01.2026](#) ergab als ersten Schritt, dass jegliche Chats und Abhörprotokolle, die entweder gesetzlich verboten oder nicht maßgeblich für den Gerichtsprozess sind, vernichtet werden müssen. Dies betrifft laut [Mediterranea](#) viele Materialien, die für eine langjährige Diffamierung der zivilen Seenotrettung instrumentalisiert wurden. Am 12.05.2026 wird dann die nächste Verhandlung stattfinden, die hoffentlich für Gerechtigkeit für die zivile Seenotrettung sorgt. Neben diesem Gerichtsprozess kann zudem berichtet werden, dass die [SEA EYE 5](#) (Sea Eye) seit Ende Januar wieder im Mittelmeer Leben rettet.

Update - Free Humanitarians

Vor einem Gericht in Mytilene auf der griechischen Insel [Lesbos](#) standen insgesamt 24 Seenotretter*innen denen unter anderem die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung zur Ermöglichung „illegaler Migration“ sowie Geldwäsche vorgeworfen wurde. Nach fast acht Jahren sind die 24 humanitären Helfer*innen nun endlich freigesprochen worden. Bereits 2017 unterstützten sie auf Lesbos ankommende Boote, brachten Menschen sicher an Land und leisteten Erstversorgung – in enger Abstimmung mit der Küstenwache. Dennoch wurden sie kurz darauf festgenommen, einige von ihnen verbrachten Monate in Untersuchungshaft. Am 15. Januar erfolgte schließlich der Freispruch in allen Anklagepunkten.

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de